

Ein Plädoyer für den Freihandel

Zum Abkommen zwischen Mercosur und Europäischer Union

Michael Theurer

Seit dem Jahr 2000 verhandelte die EU mit dem Mercado Común del Sur (Mercosur, Gemeinsamer Markt des Südens, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über ein Handelsabkommen und Bestimmungen für einen politischen Dialog und Kooperation. Wie so häufig gibt es beim Abschluss solcher Abkommen eine Menge Kritik. Als Kontext muss man verstehen, wie Abschottungspolitik heute funktioniert: Kaum jemand sagt mehr offen, dass er für Abschottung, einen nationalen Sonderweg oder einen geschlossenen Wirtschaftskreislauf ist. Knapp 250 Jahre nach Adam Smiths *Wohlstand der Nationen* und über 200 Jahre, nachdem David Ricardo seine Theorie der komparativen Kostenvorteile vorstellte, sind die Vorteile internationaler Arbeitsteilung und ungestörten Freihandels so umfassend empirisch dargestellt, dass sich jeder lächerlich machen würde, der hier im Grundsatz widerspräche. Es geht dabei nicht nur um massive Wohlstandsgewinne, sondern auch um eine stabile internationale Ordnung und Friedenspolitik. Also behaupten auch Linke, Rechte, Grüne, dass sie ja grundsätzlich für Freihandel seien. Bei den konkreten Abkommen werden jedoch Einzelaspekte zu Horrorszenarien aufgeblasen und dem Protektionismus für einzelne Branchen das Wort geredet – man erinnere sich nur an das legendäre Chlorchühnchen bei der TTIP-Debatte. Angstpolitik für Wählerstimmen, nur zum Schein dialektisch gerechtfertigt.

Zunächst zu den Fakten: Durch das Handelsabkommen werden Zölle auf 91 Prozent des Warenhandels zwischen der EU und Mercosur abgeschafft. Diese sind bisher teilweise sehr hoch, etwa bei Autos auf Mercosur-Seite 35 Prozent und auf EU-Seite 10 Prozent. Es werden zudem höchste Standards für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz gesetzt und das Vorsorgeprinzip etabliert. Von all diesen Faktoren werden die Menschen auf beiden Seiten aller Wahrscheinlichkeit nach stark profitieren. Ganz nebenbei werden auch 357 regionale Herkunftsangaben von Lebensmitteln geschützt, wodurch sich ebenfalls neue Exportchancen ergeben. Dazu kommt noch ein gewichtiger Faktor im Bereich Umweltschutz: das Abkommen verpflichtet zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. In

diesem hatte etwa Brasilien zugesichert, das illegale Abholzen des Amazonas-Regenwaldes zu stoppen, 12 Millionen Hektar Regenwald bis zum Jahr 2030 wiederaufzuforsten und seine Emissionen bis dahin um 37 Prozent im Vergleich zu 2005 zu reduzieren.

Warum hört man dann die Kritik, das Abkommen müsse zum Schutz des Klimas gestoppt werden? Dahinter verstecken sich zwei Argumente: Erstens lasse sich durch den Nichtabschluss des Abkommens Druck machen, um den Regenwald zu schützen; zweitens würde das Abkommen in Südamerika zu Wachstum führen, weshalb dann wieder Regenwald gerodet würde. Ich halte davon wenig. Den Abschluss eines Abkommens stoppen, damit die Verpflichtungen aus dem Abkommen umgesetzt werden? Damit nimmt man sich einen Hebel, ein Druckmittel aus der Hand und schwächt die Position zur Durchsetzung von Klima- und Umweltzielen. Und das wirtschaftliche Wachstum mäßig wohlhabender Länder bewusst verhindern aus der Sorge, dass dafür mehr Flächen gebraucht werden könnten? Das ist nicht mein Verständnis einer sozialen Politik. Im Gegenteil ist Freihandel ein wirksames Armutsbekämpfungsprogramm und schafft neue wirtschaftliche Möglichkeiten, wodurch der Druck auf den Regenwald gesenkt werden könnte. Auch in Südamerika sind Fortschritt und Innovation bessere Klimaschützer als Verzicht und Verbot. Oder angesichts der politischen, ökonomischen und sozialen Lage: gerade dort. 🌐

Michael Theurer

geb. 1967, seit 2017 MdB, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 2009–2017 Mitglied des Europäischen Parlaments

michael.theurer@bundestag.de

